

## Ecuador: Kriminalisierung sozialer Proteste

In Ecuador existiert seit 2008 ein verfassungsrechtlicher Rahmen mit Gesetzen, die unter anderem das Recht auf Nahrung und auf ein *Buen Vivir* (*Gutes Leben*) gewährleisten. Menschenrechtsorganisationen beobachten jedoch mit Besorgnis, dass die ecuadorianische Regierung die Bestrebungen sozialer Bewegungen, ihr Recht auf Partizipation, auf die Umsetzung des *Buen Vivir* und die Rechte Indigener einzufordern, zunehmend mit Kriminalisierung beantwortet. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der Verletzung individueller und kollektiver Rechte indigener und bäuerlicher Gemeinden, wie des Rechts auf Nahrung, Wasser und Land.



### In der Verfassung verankerte Rechte

Seit der Verfassungsänderung, die in Ecuador im Jahr 2008 unter der Regierung Rafael Correas mit großer Beteiligung der Zivilgesellschaft vorgenommen wurde, existieren in dem Andenland umfassende Rechte für Mensch und Umwelt, welche die Harmonie und Synergie zwischen Mensch und Natur betonen. Ecuador ist das erste Land, das der Natur ein eigenes Recht auf Unversehrtheit einräumt (Art. 71 bis 74). Jede Person oder Gemeinschaft kann die Behörden auffordern, die Rechte der Natur umzusetzen (Art. 72)<sup>1</sup>. *Sumaq kawsay*, das Recht auf ein *Buen Vivir*, umfasst unter anderem das Recht auf Nahrung (Art. 13) und auf Ernährungssouveränität (Art. 13; 281), und es erkennt auch die Plurikulturalität Ecuadors an. 35 Prozent der Bevölkerung Ecuadors sind Indigene. Der Staat hat somit die Verpflichtung, zu gewährleisten, dass Menschen, Gemeinden und Nationalitäten die Selbstversorgung mit gesunden und kulturell angemessenen Nahrungsmitteln dauerhaft

sicherstellen können (Art 281). Besondere Erwähnung erfährt auch das Recht auf Land, Wasser und andere produktive Ressourcen. Land soll eine soziale und ökologische Funktion erfüllen, Großgrundbesitz und Privatisierung von Wasser soll untersagt werden (Art. 282). Zudem sind in mehreren Artikeln (Art. 66, Satz 13; Art. 96) das Versammlungs- und Organisationsrecht verankert. Jedoch werden weder die Rechte der Bevölkerung, noch die Rechte der Natur in dem Maße, wie sie verfassungsrechtlich zugesichert sind, eingehalten.

### Recht haben ist nicht gleich Recht bekommen – der Hintergrund der Proteste in Ecuador

Die aktuelle Regierung Ecuadors treibt eine umfassende Modernisierung des Landes voran<sup>2</sup> und setzt auf *Neo-Extraktivismus* als Entwicklungsmodell. Beispielsweise wird unter Präsident Correas der große Umfang der Erdölproduktion nicht nur beibehalten, sondern die Anzahl

<sup>1</sup> Gudynas, E. (2009). Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador. In: *Juridicum* 2009/4.

<sup>2</sup> Boaventura de Sousa Santos (2014): Die Bürgerrevolution in Ecuador am Scheideweg. Standpunkte 14/2014. Rosa-Luxemburg-Stiftung.

## Neo-Extraktivismus

Das als *Neo-Extraktivismus* bezeichnete Entwicklungsmodell beruht vornehmlich auf rohstoffbasierten Industrien und Sektoren. Dazu zählen Bergbau und fossile Energierohstoffe (Erdöl, Gas, Kohle) sowie monokulturell angebaute Agrar- und Forstprodukte für den Export (z.B. Soja, Bananen, Palmöl). Die Ausbeutung von Naturressourcen und Agrarland prägt die Ökonomie Lateinamerikas bereits seit der Kolonialisierung. Der *Neo-Extraktivismus* zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass der Staat dabei eine aktiv regulierende Rolle einnimmt und die Einnahmen aus dem Rohstoffexport unter anderem in staatliche Entwicklungs- und Sozialprogramme investiert werden.

der Bohrungen auch noch erhöht<sup>3</sup>. Hiermit wird das Recht der Natur auf Unversehrtheit verletzt. Ein Großteil der Erdölvorkommen liegt im Amazonasgebiet, hier leben indigene Völker, deren Lebensgrundlage durch die Rodung des Urwalds und die Verschmutzung von Böden und Wasser zerstört wird – wie der prominente Fall des Konzerns *Chevron* eindrücklich zeigt<sup>4</sup>. Eine zunehmende Rolle spielt der Bergbau. Das im Jahre 2009 verabschiedete Bergbaugesetz (*Ley de Minería*) ermöglicht es, Bergbau in großem Stil zu betreiben. Proteste gegen dieses Gesetz, wie sie die Gemeinde Kimsacocha mit dem Hinweis auf das Recht auf Wasser und das auf Konsultation und Zustimmung (*consulta previa*)<sup>5</sup> äußerte, wurden kriminalisiert.

Dass sich das rohstoffbasierte Wirtschaftsmodell in Ecuador weiterhin durchsetzen kann, liegt vor allem an der steigenden globalen Nachfrage nach Rohstoffen. Problematisch ist, dass sich die für Bergbau, Ölförderung und Agrarkonzerne freigegebenen Landflächen mit kollektivem und privatem Landbesitz der ansässigen Bevölkerung überschneiden. Zudem unterliegen viele Flächen ‚informellen‘ Besitzformen<sup>6</sup>, die teilweise staatlich nicht erfasst sind. Diese Flächen werden jedoch agrarwirtschaftlich genutzt und sichern die Ernährungssouveränität der lokalen und indigenen Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die Umweltauswirkungen der neo-extraktivistischen Großprojekte das Recht auf Nahrung gefährden. Wasser, Böden und Luft werden verseucht und das Land dadurch unfruchtbar.

## Kriminalisierung von sozialen Protesten, MenschenrechtsverteidigerInnen und ihren Organisationen

Die Regierung Ecuadors verschärfte in den vergangenen Jahren ihr systematisches Vorgehen gegenüber sozialen und menschenrechtlichen Bewegungen. Vor allem geht es Konflikte, die das extraktivistische Modell durch Landnahme sowie durch die Zerstörung der Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung ausgelöst hat<sup>7</sup>. Das dominante Wirtschaftsmodell

steht hierbei in Widerspruch zu den verfassungsmäßig anerkannten Rechten, wie das Recht auf Partizipation und Ernährungssouveränität, die kollektiven Rechte indigener Völker und das Recht der Natur. Proteste für das Recht auf Nahrung, das in der Verfassung verankerte Recht des *Buen Vivir* und das Recht der Natur sowie Proteste gegen den Extraktivismus und seine Folgen für die betroffene Bevölkerung werden gezielt unterdrückt und öffentlich verurteilt. Am meisten von der Kriminalisierung durch den Staat betroffen sind indigene Gemeinden und Umweltschutz-AktivistInnen. Aber auch Menschenrechtsorganisationen und sie unterstützende AktivistInnen werden zunehmend kriminalisiert<sup>8</sup>. Laut verschiedener Menschenrechtsorganisationen hat diese Politik zum Ziel, kritische Stimmen gegen das rohstoffbasierte Entwicklungsmodell zum Schweigen zu bringen<sup>9</sup>.

Man kann verschiedene Strategien der Kriminalisierung unterscheiden: Hier sind zum einen juristische Maßnahmen zu nennen, die so breit und unspezifisch formuliert sind, dass faktisch jede Form eines öffentlichen Protestes (Demonstrationen, Straßensperren etc.) als Akt der Sabotage bzw. des Terrorismus (Art. 158 und 160 des ecuadorianischen Strafgesetzes) ausgelegt und mit einer Gefängnisstrafe von vier bis zwölf Jahren bestraft werden kann, ungeachtet der Frage, ob es sich dabei um einen friedlichen oder einen gewaltsamen Akt handelt<sup>10</sup>. Zum anderen wird auch von Polizei und Militär gewaltsam gegen soziale Proteste vorgegangen. Die Kriminalisierung sozialer Proteste äußert sich zudem in öffentlicher Verunglimpfung von RepräsentantInnen sozialer Bewegungen durch die staatlichen Medien, aber auch durch Präsident Correa selbst<sup>11</sup>. Nach Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen schüren solche Verunglimpfungen Hass und Vorurteile innerhalb der Gesellschaft, was sich in gewaltsamen Übergriffen auf Indigene äußert<sup>12</sup>. All dies führt zur Einschüchterung der AktivistInnen und zur

## Kriminalisierung

Kriminalisierung bedeutet zunächst, dass eine Handlung, die bislang nicht als strafbar galt, per neu erlassenen Gesetzen oder Verordnungen künftig als strafbar eingestuft werden kann. Kritisch zu beurteilen sind derartige Reformen, wenn sie sich gezielt gegen einzelne Personen oder Gruppen richten und zusätzlich mit einer ganzen Bandbreite an Formen der Verfolgung verknüpft sind. Darunter fallen Bedrohungen, Verunglimpfungen, willkürliche Verhaftungen oder Verschleppungen, sowie die generelle Gleichsetzung von MenschenrechtsverteidigerInnen mit TerroristInnen. Dabei spielen sowohl Justiz und Regierung als auch die Presse eine zentrale Rolle. Hinter dem Begriff der Kriminalisierung verbirgt sich für die betroffenen MenschenrechtsverteidigerInnen und sozialen Bewegungen in Ecuador somit ein systematisches Vorgehen des Staates zur Unterdrückung, Einschüchterung und Verunglimpfung ihrer Proteste. Dies beinhaltet folglich auch eine Einschränkung bzw. Unterdrückung demokratischer Grundrechte sowie einen Verlust an Rechtssicherheit.

3 OPEC (2015). Annual statistical bulletin. Wien. BP (2010). Statistical Review of World Energy 2014. <http://tinyurl.com/pfxy96q> (26.05.2015). Weltbank (2010). Ecuador: Diversification and sustainable growth in an oil-dependent country. Report No. 46551-EC

4 Vgl. die Berichterstattung von Amazon Watch, <http://amazonwatch.org/work/chevron> (12.10.2015)

5 „consulta previa“ ist das Recht indigener und ethnischer Gruppen, vorher umfangreich informiert zu werden und darüber zu entscheiden, wenn administrative oder legislative Maßnahmen oder sonstige (bauliche) Projekte in ihren Territorien realisiert werden sollen. Dies soll dazu dienen, ihre kulturelle, soziale und wirtschaftliche Integrität zu schützen. Dieses Recht ist auch in der *ILO-Konvention 169* verankert. Quelle: <http://www.urosario.edu.co/jurisprudencia/catedra-viva-intercultural/ur/La-Consulta-Previa/Que-es-la-Consulta-Previa/> (27.08.2015)

6 Dies sind Ländereien, die kleinbäuerliche und indigene Gemeinden seit Generationen bewohnen, für ihren Lebensunterhalt bearbeiten und welche auch oftmals spirituellen Wert für sie besitzen. Nach der *ILO-Konvention 169*, die auch Ecuador ratifiziert hat, gehört gemäß Art. 14 dieses Land den indigenen Gemeinden und ist unveräußerlich. Oftmals besitzen die dort lebenden Menschen aber keine offiziellen, im Katasteramt registrierten Landtitel.

7 Defensoría del Pueblo de Ecuador (2011): „Los escenarios de la criminalización a defensores de derechos humanos y de la naturaleza en Ecuador: desafíos para un estado constitucional de derechos“; Informe temático 2011; S. 3

8 Aber auch StudentInnen, städtische BewohnerInnen, JournalistInnen und KünstlerInnen werden zunehmend kriminalisiert. Unda Mario und Sanchez Silvana. (2011): *Conflicto y Derechos Humanos en Ecuador*.

9 Programa Andino de Derechos Humanos, INREDH, CEDHU, Acción Ecológica, FIAN Ecuador, Amnistía Internacional, FIDH.

10 Amnesty International (2012). So that no one can demand anything. Criminalizing the right to protest in Ecuador? <https://www.amnesty.org/download/Documents/20000/amr280022012en.pdf> (05.06.2015).

11 Britt Weyda (2014) Samstags wird geschlachtet. In: ILA Nr.374 April 2014, Reporter ohne Grenzen, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ecuador/> (25.08.2015)

12 Colectivo de Investigación y Acción Psicosocial Ecuador (2015). Informe preliminar sobre las estrategias estatales de control social y represión en el marco del Paro Nacional en Ecuador. <https://accionpsicosocial.files.wordpress.com/2015/08/informe-control-social-marchas-agosto-20152.pdf>, S. 12 ff

Beschränkung ihres in Artikel 98 der neuen Verfassung garantierten Rechts auf Widerstand, das formal den Protest zur Einforderung von Rechten schützt.

### Dekret 16 – Kriminalisierung durch Gesetzesverschärfung

Von 2008 bis heute wird in einem allmählichen Prozess ein Rechtsrahmen geschaffen, der die Kontrolle und Regulierung von Nichtregierungsorganisationen ermöglicht<sup>13</sup>. Im Juni 2013 wurde mit der Einführung des unter der Bezeichnung *Dekret 16* bekannten Regelsystems ein erheblicher Schritt hin zu einer größeren Kontrolle des Rechtslebens von Nichtregierungsorganisationen unternommen. Das *Dekret 16* beinhaltet Regelungen zu Genehmigungen, Reformen sowie der Auflösung von Organisationen, bleibt aber in seinen Formulierungen sehr vage. Dies stellt für Nichtregierungsorganisationen eine große Unsicherheit dar und die Gefahr, jederzeit von einer angeordneten Auflösung betroffen sein zu können. Das *Dekret 16* öffnet dem Staat die Türen, Nichtregierungsorganisationen ihren rechtlichen Status entziehen zu können. Gründe für einen solchen Entzug können beispielsweise die Abweichung von den Organisationszielen oder eine die innere oder äußere Sicherheit oder den öffentlichen Frieden gefährdende Einmischung in die Politik sein (Artikel 26)<sup>14</sup>.

### Fälle von Kriminalisierung in Ecuador

Die Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen betraf in den letzten Jahren auf verschiedene Weise bereits mehrere Organisationen. Einige der bekanntesten werden im Folgenden kurz skizziert:

#### Der Fall *Pachamama*

Die Nichtregierungsorganisation *Pachamama* (aus der indigenen Sprache Quechua für „Mutter Erde“) arbeitete seit 1997 zu Natur- und Menschenrechten und setzte sich für die kollektiven Rechte indigener Völker und für ein alternatives Entwicklungsmodell im Kontext des Konzeptes *Buen Vivir* ein<sup>15</sup>. Im Dezember 2013 wurde *Pachamama* vom Umweltministerium mittels des *Dekrets 16*<sup>16</sup> aufgelöst mit der Begründung, sich über die in der Satzung dargelegten Ziele hinaus engagiert, in die Politik eingemischt, die innere Sicherheit gefährdet und den Frieden geschädigt zu haben<sup>17</sup>. Präsident Correa beschuldigte in seiner wöchentlichen Sendung Mitglieder der Organisation, ein Erdölprojekt boykottieren zu wollen und den chilenischen Botschafter sowie einen Repräsentanten einer russischen Ölfirma im Rahmen einer Demonstration tätlich angegriffen zu haben. VertreterInnen anderer an der Demonstration beteiligter Organisationen dementierten dies und beteuerten, dass es bis auf Rufe keine weiteren Aktionen seitens der Teilnehmenden gegeben habe. Die Auflösung von *Pachamama* wurde

13 Rechtliche Grundlagen, die dies ermöglichten, waren unter anderem die im Jahr 2008 eingeführten Dekrete 982 und 1389.

14 United Nations Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association (2014). Ecuador Communications May 1, 2011 to February 28, 2014. <http://freeassembly.net/rapporteurreports/ecuador-communications/> (16.04.2015). El Ciudadano (o.A.). Decreto 16. [http://issuu.com/elciudadano\\_ec/docs/decreto\\_16](http://issuu.com/elciudadano_ec/docs/decreto_16) (16.04.2015). Zum Dekret 16 unter: <http://decreto16.com> (16.04.2015)

15 Pachamama (2015). <http://pachamama.org.ec/quienes-somos/fundacion-pachamama-celebra-sus-15-anos/> (12.04.2015).

16 Ministerio del Ambiente (2013). Acuerdo 125; [http://www.ministeriointerior.gob.ec/wp-content/uploads/2013/12/acuerdo\\_ministerio\\_ambiente.pdf](http://www.ministeriointerior.gob.ec/wp-content/uploads/2013/12/acuerdo_ministerio_ambiente.pdf) (12.04.2015).

17 Ministerio del Interior Ecuador (04.12.2013). Injerencia en políticas públicas, atentando contra la seguridad interna del Estado y afectando la paz. <http://www.ministeriointerior.gob.ec/ministerio-del-ambiente-disolvio-ong-por-desviacion-de-sus-fines-y-objetivos-estatutarios/> (12.04.2015).



Demonstration von KleinbäuerInnen: „Das Land ist die Mutter, das Wasser ist Leben, und ohne Saatgut haben wir Menschen keine Nahrung.“

von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen mit Besorgnis zur Kenntnis genommen und löste internationale Solidaritätsbekundungen aus<sup>18</sup>.

#### Der Fall *Yasunidos*

Das Gebiet Yasuní liegt im Amazonasgebiet und ist sowohl Nationalpark als auch Biosphärenreservat. Im Rahmen der nationalen *ITT-Initiative* bot Präsident Correa der internationalen Staatengemeinschaft an, für einen Ausgleichsbetrag von 50 Prozent der entgangenen Umsätze auf die Erdölförderungen zu verzichten. Die internationalen Geber reagierten jedoch nur zögerlich und der notwendige Betrag blieb aus. 2013 kündigte Correa an, die ITT-Areale (benannt nach den drei bei Probebohrungen entdeckten Ölquellen *Ishpingo*, *Tambococha* und *Tiputini*) für die Vergabe von Lizenzen zur Ölförderung freizugeben. Daraufhin gründete sich ein zivilgesellschaftliches Kollektiv mit Namen *Yasunidos*, das sich aus Sorge über die mit der Ölförderung verbundenen ökologischen und sozialen Konsequenzen zum Ziel setzte, durch Sammeln von Unterschriften einen Volksentscheid über die Erdölförderung im Yasuní herbeizuführen<sup>19</sup>. Im April 2014 reichte *Yasunidos* rund 760.000 Unterschriften von Befürwortern eines Volksentscheids ein – mehr als die laut Verfassung geforderten fünf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. Ein Großteil der Unterschriften wurde bei der Auszählung durch den nationalen Wahlrat jedoch aufgrund vermeintlicher Formfehler (u.a. die Größe der Stimmzettel) für ungültig erklärt. Ein Volksentscheid wurde abgelehnt. Im Vorfeld wurde das Sammeln von Unterschriften auf öffentlichen Plätzen durch Polizeikräfte verhindert. Bekannte VertreterInnen des Bündnisses wurden zudem auf den Internetseiten nationaler Instanzen öffentlich verunglimpft und erhielten anonyme Drohungen mit sexistischen und rassistischen Inhalten. 2014 wurde einer Gruppe von *Yasunidos*-AktivistInnen die Ausreise zur UN-Klimakonferenz in Lima erschwert<sup>20</sup>.

18 La Hora (05.12.2015). Gobierno cierra la Fundación Pachamama, <http://www.lahora.com.ec/index.php/noticias/show/1101601710#.VSRdrjNOBKp> (12.04.2015).

19 Mehr Informationen zu Yasunidos finden sich hier: <http://sitio.yasunidos.org/en/> (26.05.2015).

20 Acosta, A. (18.12.2014). Es kommt jetzt auf Deeskalation an. In: Blickpunkt Lateinamerika. <http://tinyurl.com/ndkob4v> (26.05.2015).

## Der Fall *Tierra y Vida*

Die in der Küstenregion Ecuadors arbeitende Bauernorganisation *Tierra y Vida* setzt sich für die Rechte von KleinbäuerInnen auf Land und Nahrung ein. Viele von ihnen leben in unsicheren Besitzverhältnissen und unternehmen Bestrebungen, das Land ihrer Gemeinden über die Bauernorganisation rechtlich abzusichern. *Tierra y Vida* fordert eine Landreform sowie die effektive Umsetzung des von der Regierung 2009 ausgerufenen Landumverteilungsprogramms *Plan Tierras y Territorios*. Der fehlende politische Wille der Regierung, eine partizipative und auf Menschenrechten basierende Landpolitik in Angriff zu nehmen, hat zur Verschärfung der Konflikte zwischen SpekulantInnen und GroßgrundbesitzerInnen auf der einen und den KleinbäuerInnen auf der anderen Seite beigetragen<sup>21</sup>. Zwischen November 2009 und Juli 2011 fielen fünf VertreterInnen von *Tierra y Vida* Mordanschlägen zum Opfer. Sie hatten bei der Absicherung von Land eine tragende Rolle inne. Keiner der Mordfälle wurde bisher aufgeklärt<sup>22</sup>. Solche Morde stehen oft in direktem Zusammenhang mit der Legalisierung von Landnutzung, wie FIAN aus langjähriger Erfahrung weiß.

### Aktuelle Tendenzen und Ausblick

Im August 2015 kam es im Rahmen des landesweit ausgerufenen nationalen Streiks (*Paro Nacional*) zu einer neuen Welle der Kriminalisierung und Unterdrückung sozialer Bewegungen. Laut der Dachorganisation indigener Organisationen, *CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador, Bündnis der indigenen Nationalitäten Ecuadors)* sollen Polizei und Militär vor allem in Regionen mit Bergbau-Großprojekten stationiert worden sein. Die Proteste richteten sich gegen geplante Verfassungsänderungen<sup>23</sup>, gegen Landvertreibung und Privatisierung von Wasser sowie gegen die zunehmende Kriminalisierung sozialer Proteste. *CONAIE* forderte zudem die Rücknahme des *Dekrets 16* und den Stopp des Extraktivismus<sup>24</sup>. Explizit spricht *CONAIE* sich gegen das Freihandelsabkommen zwischen Ecuador und der Europäischen Union (EU) aus.

21 FIAN Ecuador (2013) „Monitoreo de políticas de tierra y el derecho a la alimentación en el Ecuador“. Informe 2013. Quito 2013

22 Navarette Benavides (2012). Situación de los derechos humanos en Guayaquil. Comité Permanente por la defensa de los Derechos Humanos (offizielle Homepage): <http://www.cdih.org.ec/informes/138-situacion-de-los-derechos-humanos-en-guayaquil-2011.html> (27.08.2015)

23 Diese hätten Beschneidungen der Arbeitsrechte sowie der Möglichkeiten, einen Volksentscheid durchzuführen, zur Folge. Auch richteten sich die Proteste gegen den Vorschlag, die unbeschränkte Wiederwahl des Präsidenten zu ermöglichen.

24 Colectivo de Investigación y Acción Psicosocial Ecuador (2015). <http://planv.com.ec/historias/politica/la-marcha-del-movimiento-indigena>. <http://bit.ly/1SriBYI>, <http://www.elcomercio.com/actualidad/militares-macas-desalojar-indigenas-protestas.html>

Angesichts der sich zuspitzenden Situation während der nationalen Protestaktionen im August äußerten mehrere Menschenrechtsorganisationen, unter ihnen auch *FIAN Ecuador*, ihre Besorgnis über die exzessive Gewaltanwendung durch Polizei und Militär sowie über die Militarisierung indigener Territorien. Die Gewaltanwendung hätte zum Ziel, soziale Proteste zu kontrollieren und verstoße gegen internationale Menschenrechtspakte wie den *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (WSK-Pakt)* und die *Amerikanische Menschenrechtskonvention (Pakt von San José)*. Sie verwiesen auf den Artikel 1 der *Erklärung der Vereinten Nationen zu MenschenrechtsverteidigerInnen*, welcher ausdrücklich das Recht aller Menschen auf Schutz und Förderung der Menschenrechte sowie grundlegende Freiheiten anerkennt<sup>25, 26</sup>.

FIAN fordert die internationale Gemeinschaft auf, die zunehmende Kriminalisierung von indigenen und kleinbäuerlichen AnführerInnen sowie von Organisationen, die die Einforderung ihrer Rechte unterstützen, aufmerksam zu beobachten und konkrete Schritte zu unternehmen, um die Rechte von MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen. Hierbei sollte sie in direktem Dialog mit der Zivilgesellschaft stehen und mit ihr konkrete Aktivitäten besprechen. Die EU muss sich bewusst sein, dass sich im Zuge des Freihandelsabkommens die sozialen Konflikte verschärfen werden, da sich das aktuelle, rohstoffintensive Entwicklungsmodell noch verstärken wird.

### Freihandelsabkommen zwischen Ecuador und der EU

Am 17. Juli 2014 unterschrieben die EU und Ecuador einen vorläufigen Vertrag über ein gemeinsames Freihandelsabkommen<sup>27</sup>. Es ist zu erwarten, dass sich die sozialen Konflikte im Zuge dieses Abkommens verschärfen werden. Soziale Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und Forschungsinstitute befürchten negative Auswirkungen auf die Ernährungssouveränität der Bevölkerung, hervorgerufen durch eine zunehmende Landkonzentration, den Ausbau des Bergbaus und die Privatisierung von natürlichen Ressourcen. Hiermit wird auch die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung verletzt.

25 [http://www.fianecuador.org.ec/index.php?option=com\\_content&view=article&id=238:comunicado-&catid=1:latest-news&Itemid=1](http://www.fianecuador.org.ec/index.php?option=com_content&view=article&id=238:comunicado-&catid=1:latest-news&Itemid=1) (20.10.2015)

26 Die ecuadorianische Regierung bestreitet diese Sichtweise.

27 Das Abkommen orientiert sich an den bereits in Kraft getretenen Vereinbarungen zwischen der EU, Peru und Kolumbien. Diese enthalten Regelungen in den Bereichen sektoraler Marktzugänge, Einfuhrquoten, Exportbesteuerung und Zölle sowie normative Bestimmungen zu Investitionen, freiem Kapitalverkehr und Patentrecht. Brüssel. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/trade\\_doc\\_152795.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/trade_doc_152795.pdf) (21.05.2015).

FIAN Deutschland e.V.  
Briedeler Strasse 13  
50969 Köln

[www.fian.de](http://www.fian.de)  
[fian@fian.de](mailto:fian@fian.de)  
Tel.: 0221-7020072

Mit freundlicher Unterstützung durch:  
**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

Köln, November 2015  
Autorinnen: FIAN-Fallarbeitsgruppe Ecuador  
Gestaltung: Uschi Strauß  
Fotos: © FIAN Ecuador

FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen  
Den Hungernden Gehör verschaffen  
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen